Niederschrift

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates
Schönberg am Donnerstag, dem 05. Juli 2018 um 19.30 Uhr
im Pfarrheim in Schönberg**

Anwesend:

Ortsbürgermeister Harald Prümm
als Vorsitzender

Ortsbürgermeister Prümm eröffnet die
Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Die Ratsmitglieder:

1. Hoffmann, Peter
2. Petri, Ralf
3. Schmitz, Andreas
4. Prümm, Vanessa

Gemäß § 34 GemO hat er als
Vorsitzender die Ratsmitglieder durch
schriftliche Einladung zu einer
öffentlichen und nichtöffentlichen
Sitzung eingeladen. Er stellt fest, dass
der Ortsgemeinderat nach
ordnungsgemäßer Einladung in
beschlussfähiger Zahl erschienen ist.
Gegen Form und Frist der Einladung
werden keine Bedenken erhoben.

es fehlen entschuldigt:

5. Junk, Benno
6. Müller, Ludwig

Anträge zur Tagesordnung werden
keine gestellt.

Ferner anwesend ist:

VG-Angestellte Stefanie Schneider
als Schriftführerin
VG-Amtfrau Anna-Katharina Ebel (zu
TOP 5)

Anschließend wird folgende
Tagesordnung behandelt:

2 Besucher

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Einwohnerfragestunde
2. Änderung der Friedhofsordnung
3. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016
4. Entlastung gem. § 114 GemO zum Jahresabschluss 2016
5. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018 gem. §§ 95 und 96 GemO
6. Vergabeverfahren für Stellplätze im Dreschschuppen, Holzlagerplätze und
Sonstige Stellplätze innerhalb der Ortslage
7. Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen
8. Ausbesserung eines Teilabschnitts des Fahrwegs Flur 4, Flurstück 242/1

9. Neuer Geschäftsbesorgungsvertrag nach § 27 Abs. 3 Landeswaldgesetz
10. Informationen

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Informationen

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1: Einwohnerfragestunde

Von der nach § 16 a GemO und § 21 der Mustergeschäftsordnung eingeräumten Möglichkeit, Fragen aus dem Bereich der örtlichen Verwaltung zu stellen sowie Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten, macht Herr Dietmar Knippel (ehrenamtlicher Helfer der Ortsgemeinde) Gebrauch.

Herr Knippel regt an, die sich auf dem Friedhof befindlichen Löcher zu schließen, da diese doch erheblich groß sind und eine Gefahr darstellen. Dazu benötigt er Mutterboden und Splitt. Diese werden von der Ortsgemeinde zur Verfügung gestellt, damit Herr Knippel diese Arbeiten verrichten kann. Er regt an, dazu einen allgemeinen Aufruf für einen gemeinsamen Arbeitstag zu starten.

Des Weiteren regt Herr Knippel an, auf dem Friedhof Buchsbaumhecken an 2 Ecken zu pflanzen. Dies wird grundsätzlich vom Ortsgemeinderat befürwortet, vor Genehmigung muss dies aber mit dem Pfarrgemeinderat abgestimmt werden.

Weitere Wortmeldungen sind keine erfolgt.

Zu TOP 2: Änderung der Friedhofsordnung

Zu diesem Tagesordnungspunkt führt der Vorsitzende aus, dass die Friedhofssatzung vom 14.10.2008 aufgrund des neu geschaffenen Angebotes der Bestattung in einer Reihengrabstätte geändert werden müsse. Festzulegen ist, ob der Abtrag des Grabhügels bereits in die Zuständigkeit der Ortsgemeinde fällt und damit bereits zur Grabpflege gehört, oder ob den Hinterbliebenen zur Kostenreduzierung die Möglichkeit der Entfernung des Grabhügels in Eigenregie eingeräumt wird. Je nach satzungsmäßiger Festsetzung ergeben sich hierdurch Auswirkungen auf die zu erhebenden Grabnutzungsgebühren.

Nach erfolgter Beratung beschließt der Ortsgemeinderat § 22 Nr. 4 der Friedhofssatzung vom 14.10.2008 wie folgt zu ergänzen:

Die Entfernung der Grabhügel bei Rasengräbern gehört bereits zur Grabpflege des Rasengrabes.

Der Beschluss erfolgt einstimmig

Zu TOP 3: Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt der Vorsitzende das Wort an die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Frau Vanessa Prümm, die das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 wie folgt erläutert:

I. Gesamtaussage zum Jahresabschluss

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss – bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen, Bilanz und Anhang – für das Haushaltsjahr 2016 in seiner Sitzung am 28.06.2018 nach den Bestimmungen der §§ 112 und 113 GemO geprüft. Dem Jahresabschluss waren als Anlagen beigefügt: Der Rechenschaftsbericht, der Beteiligungsbericht, die Anlagen-/Sonderpostenübersicht, die Forderungsübersicht, die Verbindlichkeitsübersicht und eine Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen.

Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Rheinland-Pfalz und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Ortsbürgermeisters der Ortsgemeinde Schönberg. Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses ist es, auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

II. Prüfergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Ortsgemeinde Schönberg.

Die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 führte zu folgendem Ergebnis:

1. Die Bilanz schließt auf der Aktiv- und Passivseite mit einer Bilanzsumme von 2.052.148,05 € ab und weist in der Ergebnisrechnung einen Jahresüberschuss in Höhe von 15.480,31 € aus.
2. Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Rechenschaftsbericht entsprechen den gesetzlichen Vorschriften, den Satzungen und ortsrechtlichen Bestimmungen:
 - Die allgemeinen Bewertungsgrundsätze gemäß § 33 GemHVO wurden eingehalten;
 - Ein Inventar gem. § 31 GemHVO liegt vor;
 - Die Buchführung ist in dem von uns geprüften Umfang beweiskräftig;

- Der Rechenschaftsbericht steht im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen und seine Angaben vermitteln keine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Ortsgemeinde Schönberg.
3. Es wird ein Eigenkapital in Höhe von 1.098.477,54 € ausgewiesen. Das Eigenkapital hat sich demnach gegenüber dem 31.12.2015 um 15.480,31 € erhöht.
4. Angaben zu den wirtschaftlichen Verhältnissen:
- Im Prüfungszeitraum hat sich das Vermögen um 15.943,45 € auf 2.052.148,05 € verringert;
 - Das Fremdkapital einschließlich der Rückstellungen reduzierte sich um 5.475,06 € auf 755.514,21 €.
5. Abschließende Bewertung des Ergebnisses der Prüfung:
- Die Verbindlichkeit gegenüber der Verbandsgemeinde ging in 2016 um 4.942,67 € auf 341.019,92 € zurück;
 - Die Investitionskredite haben sich in 2016 per Saldo um 1.144,65 € auf 387.910,57 € vermindert.
6. Prüfungsempfehlung:

Nach Abschluss unserer Prüfung empfehlen wir die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 durch den Ortsgemeinderat der Ortsgemeinde Schönberg und die Erteilung der Entlastung gem. § 114 GemO.

Es wird empfohlen, über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, sofern keine vorherige Zustimmung erfolgte, nachträglich zu genehmigen (§ 100 GemO).

Nach erfolgter Beratung wird der Jahresabschluss zum 31.12.2016 mit Anhang und Anlagen entsprechend der Verwaltungsvorlage vom Ortsgemeinderat gem. § 114 Abs. 1 S. 1 GemO festgestellt.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Ortsbürgermeister Prümm und der Beigeordnete Hoffmann haben gem. § 110 Abs. 4 GemO an der Beschlussfassung nicht teilgenommen.

ZU TOP 4: Entlastung gem. § 114 GemO zum Jahresabschluss 31.12.2016

Aufgrund der Prüfung und den Feststellungen zum Jahresabschluss 2016 wird von Ratsmitglied Vanessa Prümm der Antrag gestellt, dem Bürgermeister, dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2016 Entlastung zu erteilen.

Anschließend beschließt der Ortsgemeinderat entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses bezüglich des Jahresabschlusses 2016 der Ortsgemeinde Schönberg die Entlastung des Bürgermeisters, des Ortsbürgermeisters und der Beigeordneten.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Ortsbürgermeister Prümm und der Beigeordnete Hoffmann haben gem. § 110 Abs. 4 GemO an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

ZU TOP 5: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018 gem. §§ 95 und 96 GemO

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt der Vorsitzende das Wort an Verbandsgemeindeamtfrau Anna-Katharina Ebel, die den Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2018 erläutert.

Der Ergebnishaushalt 2018 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.785 € aus. Gegenüber der Planung des Vorjahres handelt es sich hierbei um eine Verbesserung in Höhe von 8.193 €, die sich wie folgt zusammensetzt:

Verbesserungen:

Produkt 1111:	Ortsbürgermeister, Ortsbeigeordnete, Ortsvorsteher Zuführung Ehrensoldrückstellung aktiver Ortsbürgermeister	300 €
Produkt 5220:	Buchhalterischer Gewinn aus der Veräußerung eines Baugrundstücks (zahlungsunwirksam)	21.700 €
Produkt 5410:	Gemeindestraßen Minderaufwendungen insbesondere für Personalkosten Gemeindearbeiter, Stromkosten Straßenbeleuchtung sowie Wartungspauschale nach Umstellung auf LED sowie für Instandhaltungsarbeiten unter Berücksichtigung von Mindererträgen aus Konzessionsabgabe	10.570 €
Produkt 5530:	Unterhaltung und Bewirtschaftung des Friedhofes	490 €
Produkt 5551:	Überschuss aus der Bewirtschaftung des Gemeindewaldes	123 €
Produkt 5734:	Unterhaltung und Bewirtschaftung sonstige öffentliche Einrichtungen	395 €
Produkt 6110:	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen Mehrerträge aus Gewerbesteuer unter Berücksichtigung gestiegener Belastung aus Gewerbesteuerumlage	6.600 €

	Gemeindeanteile Einkommenssteuer / Umsatzsteuer, Umsatzsteuerausgleichsleistungen nach § 21 LFAG	2.700 €
	Mehrerträge aus Hundesteuer	200 €
	Solidarfonds Windenergie	700 €
	Entnahme aus dem Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich gem. § 38 Abs. 6 GemHVO (zahlungsunwirksam)	12.000 €
versch. Produkte:	Sonstige kleinere Verbesserungen	120 €
	Summe Verbesserungen:	55.898 €
abzgl. Verschlechterungen:		
Produkt 1142:	Liegenschaften Mehraufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung gemeindlicher Liegenschaften (hauptsächlich aufgrund der Erneuerung der Beleuchtung des Dreschschuppens [2.000 € in 2018]); Mehraufwendungen für Nutzungsentgelt aufgrund des Gestattungsvertrages vom 18.07.2015 unter Berücksichtigung von Mehrerträgen aus Mieten und Pachten	5.295 €
Produkt 2111:	Betriebskostenumlage Grundschulen Thalfang und Heidenburg einschl. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände aus Investitionskostenumlage Grundschulen	1.060 €
Produkt 2810:	Heimat- und Kulturpflege Mindererträge aus dem Verkauf von Vorräten (Ortschroniken)	300 €
Produkt 5559:	Vorhaltung von Wirtschaftswegen Verschlechterung des Produktergebnisses aufgrund geringerer Erträge aus Sondernutzungsentgelten (in 2017 wurden Einmalzahlungen geleistet)	2.520 €
Produkt 5733:	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grillhütte Mehraufwendungen insbesondere für Abschreibungen auf Sachanlagevermögen nach Aktivierung der Anlage im Bau im Haushaltsjahr 2016 sowie für die Gebäudeversicherung	1.130 €
Produkt 6110:	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen Mindererträge aus Schlüsselzuweisung A	25.800 €
Produkt 6120:	Verbandsgemeindeumlage / Kreisumlage Zinsaufwendungen für Liquiditäts- und Investitionskredite	11.300 € 300 €
	Summe Verschlechterungen:	47.705 €
	Bereinigte Verbesserung:	8.193 €

Der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen im Finanzhaushalt beträgt - 16.426 €. Unter Berücksichtigung der ordentlichen Tilgungen für Investitionskredite in Höhe von 12.300 € ergibt sich zahlungswirksam ein Liquiditätsdefizit in Höhe von 28.726 € im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit. Dieser Betrag wird als Zunahme der Verbindlichkeit gegenüber der Verbandsgemeinde im Finanzplan ausgewiesen.

Gegenüber dem Vorjahr handelt es sich bei dem Defizit im Bereich der laufenden Verwaltung um eine Verschlechterung in Höhe von 30.512 €.

Im investiven Bereich sind nachstehende Maßnahmen geplant:

		Einzahlung	Auszahlung
1.)	Teilhaushalt 1 – Zentrale Verwaltung		
	Keine Veranschlagung		
2.)	Teilhaushalt 2 – Schule und Kultur		
	Produkt 2111: Investitionskostenumlage Grundschulen Thalfang und Heidenburg	0 €	700 €
3.)	Teilhaushalt 3 – Soziales und Jugend		
	Keine Veranschlagung		
4.)	Teilhaushalt 4 – Gesundheit und Sport		
	Keine Veranschlagung		
5.)	Teilhaushalt 5 – Gestaltung der Umwelt		
	Produkt 5220: Veräußerung von Bauland	44.300 €	0 €
	Produkt 5410: Restkosten verkehrsmäßige Erschließung Baugebiet „Mühlendorn“	0 €	11.500 €
	Produkt 5734: Anschaffung eines Laiendefibrillators	0 €	1.300 €

Summe: **44.300 €** **13.500 €**

Der positive Saldo aus Investitionstätigkeit beläuft sich auf 30.800 €. Dennoch ist im Finanzhaushalt eine Investitionskreditaufnahme in Höhe von 13.500 € vorgesehen. Die Einzahlung aus der Veräußerung von Baugrundstücken wird aufgrund des unausgeglichenen Haushaltes gem. VV Nr. 2 zu § 14 GemHVO zur Verringerung des Liquiditätskreditbestands eingesetzt.

Davon ausgehend entwickeln sich die Verbindlichkeiten wie folgt:

Entwicklung der Liquiditätskredite:

Verbindlichkeiten gegenüber der Verbandsgemeinde
(gem. Bilanz zum 31.12.2016) 341.020 €

./. Liquiditätsüberschuss zum 31.12.2017 117.000 €

Bestand der Liquiditätskredite zum 31.12.2017: 224.020 €

+ Liquiditätsdefizit 2018 (laufende Verwaltungstätigkeit): 28.726 €

./. im Kassenbestand bis zum 31.12.2017 vorfinanzierte 26.357 €

Investitionsauszahlungen *

./. Einzahlungen aus der Veräußerung von Baugrundstücken 44.300 €

Bereinigter Bestand der Liquiditätskredite zum 31.12.2017: 182.089 €

*

Investitionskostenumlage Grundschulen 2017: 1.558,00 €

Investitionskostenzuschuss Breitbandausbau: 14.307,37 €

Überzahlung aus Investitionskostenumlage Neubau KiTa Berglicht (endg. Abr. in
2018): 10.492,04 €

Summe: 26.357,41 €

Entwicklung der Investitionskredite:

	Stand zum 31.12.2016 gem. Bilanz:	387.911 €
+	Neuaufnahme 2017 aus Investitionskreditermächtigung 2015:	14.554 €
+	Neuaufnahme 2017 Finanzierung Neubau KiTa Berglicht	97.020 €
./.	Ordentliche Tilgungen 2017:	8.875 €
	Stand zum 31.12.2017:	490.610 €
+	Investitionskreditbedarf 2017:	28.175 €
+	Investitionskreditbedarf 2018:	13.500 €
./.	Ordentliche Tilgungen 2018:	12.300 €
	Stand zum 31.12.2018:	519.985 €

Nach erfolgter Beratung setzte der Ortsgemeinderat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan in der von der Verwaltung vorgelegten Form wie folgt fest:

§ 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Festgesetzt werden

1. im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	322.340 Euro
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	320.555 Euro
der Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag auf	1.785 Euro

2. im Finanzhaushalt

der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	- 16.426 Euro
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	44.300 Euro
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	13.500 Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	30.800 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	- 14.374 Euro

§ 2

Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird festgesetzt für

- zinslose Kredite auf	0 €
- verzinsten Kredite auf	13.500 €

§ 3

Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten, werden nicht veranschlagt.

§ 4

Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Kredite zur Liquiditätssicherung werden vor dem Hintergrund des § 68 GemO in der Haushaltssatzung der Verbandsgemeinde abgebildet.

§ 5 Steuersätze

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

- Grundsteuer A	309 v.H.
- Grundsteuer B	365 v.H.
- Gewerbesteuer	365 v.H.

Die Hundesteuer beträgt für Hunde, die innerhalb des Gemeindegebietes gehalten werden

- für den ersten Hund	55 €
- für den zweiten Hund	65 €
- für jeden weiteren Hund	81 €

§ 6 Öffentlich-rechtliche Entgelte

Die Sätze der öffentlich-rechtlichen Entgelte für ständige Gemeindeeinrichtungen gem. den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes in Verbindung mit den im Einzelfall maßgebenden zzt. gültigen Benutzungsordnungen werden wie folgt festgesetzt:

1. Benutzungsgebühren für Gemeindehalle für Festveranstaltungen	130 €
2. Nutzungsgebühr Grillhütte	
1. Tag:	60 €
jeder weitere Tag:	40 €
3. Gebühr für Wiesenwalze (halbtags)	3 €
4. Gebühr für die Unterstellung landwirtschaftlicher Geräte im Dreschschuppen je m ²	1,30 €
5. Friedhofsgebühren	

I. Reihengrabstätten

a) Überlassung einer Reihengrabstätte an Berechtigte nach § 2 der Friedhofssatzung	165 €
b) Überlassung einer Urnenreihengrabstätte an Berechtigte nach Buchstabe a)	110 €
c) Überlassung einer vorhandenen Reihengrabstätte zur Beisetzung einer Urne	110 €
d) Überlassung einer Reihenrasengrabstätte an Berechtigte nach Nr. I Buchstabe a) einschl. der Pflege für die Dauer der Ruhezeit (25 Jahre)	1.500 €

II. Ausgraben und Umbetten von Leichen und Aschen

Die für das Ausgraben und Umbetten von Leichen und Aschen entstehenden Kosten sind von den Gebührenschuldern als Auslagen zu ersetzen.

III. Ausheben und Schließen der Gräber

- a) Reihengräber für Verstorbene (§ 10 der Friedhofssatzung) (ab 01.11.2017) 680 €
- b) Urnenbestattung je Beisetzung (ab 01.11.2017) 210 €

Sofern eine Handschachtung erforderlich wird, verdoppeln sich die unter a) und b) genannten Gebührensätze

IV. Benutzung der Leichenhalle

Je Leiche bis zur Bestattung 30 €

- 6. Einheitssatzung für Straßenentwässerung nach BauGB (Erschließung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 Erschließungsbeitragssatzung 7,33 €/m²

§ 7 Eigenkapital

zum 31.12.2016	1.098	T €
zum 31.12.2017	1.092	T €
zum 31.12.2018	1.094	T €

§ 8 Bewirtschaftungsregeln

Nachstehend aufgezeigte Produkte bilden mit der Konsequenz der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Aufwendungen innerhalb des Produktes eine Bewirtschaftungseinheit: Produkt 5410, 5530, 5551, 5731, u. 5733

§ 9 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 GemO liegen vor, wenn im Einzelfall mehr als 5.000 € überschritten sind.

§ 10 Wertgrenze für Investitionen

Investitionen oberhalb der Wertgrenze von 1.000 € sind einzeln im Teilfinanzhaushalt darzustellen.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

ZU TOP 6: Vergabeverfahren für Stellplätze im Dreschschuppen, Holzlagerplätze und sonstige Stellplätze innerhalb der Ortslage

Ratsmitglied Petry hat in der letzten Gemeinderatsitzung vorgeschlagen, die Vergabe für Stellplätze im Dreschschuppen, Holzlagerplätze und sonstige Stellplätze innerhalb der Ortslage zu überdenken.

Ratsmitglied Petry schlägt vor, dass keine Miete erhoben werden soll, sondern der Mieter eines Platzes ehrenamtliche Tätigkeiten verrichten könnte, zum Beispiel den Stellplatz sauber halten, den Spielplatz säubern oder mähen. Hierbei sollte der Holzlagerplatz außen vorgelassen werden.

Ratsmitglied Schmitz sieht es als schwierig an, wie die Aufteilung der einzelnen Arbeiten erfolgen soll, da ja auch unterschiedliche Flächengrößen angemietet sind.

Der Vorsitzende schlägt vor, mit allen Mietern im Dreschschuppen Kontakt aufzunehmen, um abzuklären, ob diese Mieter gewillt sind, freiwillig Arbeiten in der Gemeinde zu tätigen, ohne dann entsprechende Miete für den angemieteten Stellplatz zu zahlen, um dann in der nächsten Sitzung erneut das Vergabeverfahren anzusetzen.

ZU TOP 7: Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen

Zu diesem Tagesordnungspunkt schlägt Ratsmitglied Schmitz vor, die Satzung insofern abzuändern, dass nicht nur, wie in der Satzung verfasst, die Wege in der Ortslage zu reinigen sind, sondern auch die Feld- und Wirtschaftswege außerhalb der Ortslage.

Um 21.00 Uhr übergibt der Vorsitzende den Vorsitz an den 2. Beigeordneten und verlässt den Sitzungsraum.

Um 21.05 Uhr übernimmt der Vorsitzende den Vorsitz wieder.

Nach erfolgter Beratung, ob eine neue Satzung oder eine Änderung der bestehenden Satzung verfasst werden soll, wird der Beschluss gefasst, keine neue Satzung zu fertigen.

Der Beschluss einstimmig bei 1 Enthaltung.

ZU TOP 8: Ausbesserung eines Teilabschnitts des Fahrwegs Flur 4, Flurstück 242/1

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Weg bei Flur 4, Flurstück 242/1 mit sehr großen Löchern bestückt ist und richtig Instand gesetzt werden muss. Es liegt auch ein Angebot über ca. 10.000 – 12.000 € vor. Die Jagdgenossenschaft hat bereits beschlossen, diese Kosten der Ausbesserung des Weges zu übernehmen, der Antrag muss aber von der Ortsgemeinde gestellt werden.

Folgende Überlegungen werden erörtert:

- Soll der Weg bei Flur 4, Flurstück 22/1 überhaupt erneuert werden
- Wenn das Kapital der Jagdgenossenschaft in Höhe von 12.000 € nicht reicht, wie die Mehrkosten beglichen werden
- Wer Kostenträger wird, wenn die Jagdgenossenschaft generell nicht nach Sanierung zahlt

Die Bauabteilung wird beauftragt, zu prüfen, ob der Weg saniert werden soll und wird um die Einholung eines Angebotes beauftragt.

Hier gilt folgendes zu beschließen: Soll grundsätzlich dieser Weg mit zusätzlich geschätzten 15 m Wegstrecke repariert bzw. asphaltiert werden.

Der Beschluss erfolgt einstimmig mit ja.

ZU TOP 9: Neuer Geschäftsbesorgungsvertrag nach § 27 Abs. 3 Landeswaldgesetz

Der Vorsitzende verweist auf den Entwurf des neuen Geschäftsbesorgungsvertrages nach § 27 Abs. 3 Landeswaldgesetz, der den Ratsmitgliedern bereits vorliegt.

Nach erfolgter Beratung beschließt der Ortsgemeinderat, den Vertrag in der vorgelegten Form zu übernehmen.

Der Beschluss erfolgt mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

ZU TOP 10: Informationen

Zur Information teilt der Vorsitzende mit, dass er erneut eine Anfrage bezüglich eines Containers für Biotüten erhalten hat, der Bedarf hierfür ist weiterhin gegeben.

In der nächsten Sitzung ist ein Tagesordnungspunkt die Gefahrenabwehrverordnung.

Die Firma Silvanus ist mit der Baumprüfung beauftragt, das Angebot beläuft sich auf 480 € für 24 Bäume.

Der Vorsitzende teilt weiterhin mit, dass in der Ortslage im Neubaugebiet eine Birke steht, die ziemlich viel Dreck verursacht und deren Samen sich im ganzen Neubaugebiet verteilt. Es wird überlegt, ob die Birke entfernt werden kann, hierfür benötigt man aber eine Genehmigung. Der Ortsgemeinderat spricht sich dafür aus, den Baum stehen zu lassen

Der Vorsitzende teilt weiterhin mit, dass der Weg „Mühlenberg“ geschoben bzw. geebnet wurde, es aber noch Nachbesserungsbedarf gäbe. Er habe den Revierleiter noch nicht erreicht, wird es aber weiterhin versuchen.

Um 21.20 Uhr bedankt sich der Vorsitzende bei den Besuchern und schließt die öffentliche Sitzung.

II. Nichtöffentlicher Teil:

ZU TOP 1: Informationen

Es ist nichts zu protokollieren.

Ende der Sitzung: 21.25 Uhr

v. g. u.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gesehen: